



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Auslaufen der geförderten Altersteilzeit verhindern - Beschäftigungsbrücke für jüngere ArbeitnehmerInnen erhalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierungen Rheinland-Pfalz und Bremen haben einen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Altersteilzeitgesetzes (AltTZAndG) in den Bundesrat eingebracht.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in den anstehenden Beratungen des Bundesrates für eine Verlängerung der geförderten Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre bis zum 31. Dezember 2014 einzusetzen und damit eine Beschäftigungsbrücke über die Wirtschaftskrise zu schlagen. Bedingung für eine Förderung des Arbeitgebers muss bleiben, dass dieser eine durch Altersteilzeit frei werdende Stelle mit einer Arbeitnehmerin oder einem Arbeitnehmer nach Abschluss der Ausbildung besetzt.

#### Begründung:

Trotz der tiefen Wirtschaftskrise hat sich der Arbeitsmarkt bislang noch als vergleichsweise robust erwiesen. Zwei Personengruppen sind aber vom derzeitigen Einbruch des wirtschaftlichen Wachstums besonders betroffen: Ältere Menschen über 50 und jüngere Menschen unter 25 Jahren. Für beide Gruppen weist die Statistik in diesem Jahr einen überproportional hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Beide Personengruppen benötigen eine gezielte Unterstützung; dies gilt in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise umso mehr. Die Verlängerung von fünf Jahren stellt sicher, dass für alle derzeit über 50-Jährigen eine mit Mitteln der Arbeitsförderung geförderte Altersteilzeit in Betracht kommt. Für Unternehmen wird ein Anreiz geschaffen, an Beschäftigungsverhältnissen mit über 50-Jährigen festzuhalten und jungen Nachwuchskräften eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu bieten.

Wolfgang Baasch  
und Fraktion